## Einen Nachschlag, bitte

Stadt benötigt zusätzlich 300 000 Euro für Freibadsanierung – weitere Kostensteigerung nicht ausgeschlossen

VON ELINA HOEPKEN

Achim. "Es sind leider keine schönen Nachrichten." Wenn eine Ausschusssitzung mit diesem Satz beginnt, lässt sich in der Regel nichts Gutes erwarten. Die schlechten Nachrichten bezogen sich in der Sitzung des Finanzausschusses dieses Mal auf die Kosten für den Umbau des Achimer Freibades, Dieser wird, wie berichtet, teurer als erwartet. Genauer gesagt 300 000 Euro für den ersten Bauabschnitt. Grund dafür ist nach Angaben des zuständigen Fachbereichsleiters Steffen Zorn die gute konjunkturelle Lage bei den Baufirmen. "Wir hatten bei den Planungen eine vernünftige Datenbasis als Grundlage", sagte Zorn. Dass die Kosten nun so extrem steigen, sei nicht abzusehen gewesen. "Die Kostenerhöhung ist deshalb kein Fehler der Stadt."

Das Gesamtbudget für die Freibadsanierung erhöht sich nunmehr auf 4,45 Millionen Euro. Davon fließen rund 3,4 Millionen Euro allein in den ersten Bauabschnitt. "Bei der jetzigen Kostenerhöhung ist ein Puffer von 100 000 Euro eingerechnet, den wir für Unvorhergesehenes verwenden können", sagte Zorn. "Immerhin reden wir hier über ein 50 Jahre altes Freibad mit einem erheblichen Sanierungsstau. Da weiß man nie genau, was einen noch erwartet."

Die Frage, was sie noch erwartet, stellten sich auch die Ausschussmitglieder. "Wenn man sich die Ursachen für die Kostensteigerung ansieht, fragt man sich natürlich, ob es das letzte Mal ist, dass die Stadt einen Nachschlag für das Projekt benötigt", merkte Jürgen Kenning (Grüne) an. İmmerhin beziehe sich die aktuelle Anpassung lediglich auf den ersten Bauabschnitt.

Man arbeite hart daran, dass es bei dieser einmaligen Erhöhung bleibe, versuchte Zorn, die Gemüter zu besänftigen. So habe man beispielsweise Ausschreibungen bereits aufgehoben, um die Arbeiten zu einem späteren Zeitpunkt noch einmal auszuschreiben und den Termin für einige Arbeiten nach hinten verschoben. Der Baubeginn ist nun erst für Oktober 2017 vorgesehen. "Der Fertigstellungstermin zum 1. Mai 2019 soll dadurch aber nicht gefährdet sein", ver-



In diesem Jahr soll die Sanierung des Freibades beginnen. Doch die Kosten fallen höher aus als zunächst erwartet.

FOTO: BJÖRN HAKE

sicherte Zorn. Eine Garantie, dass zukünftig keine zusätzlichen Kosten anfallen, gäbe es aber natürlich nicht. Das betreffe jedoch nicht nur die Arbeiten rund um die Freibadsanierung, sondern alle Baumaßnahmen der Stadt – wie etwa das Feuerwehrhaus, die Integrierte Gesamtschule oder die Grundschule in Uesen. "Bei all diesen Maßnahmen besteht aktuell ein Risiko, dass die Kosten aufgrund der Baukonjunktur steigen."

Die Bedingungen für bauliche Großprojekte scheinen aktuell also alles andere als rosig zu sein. Für die Zusatzkosten beim Freigefunden. Da andere Bauprojekte in der Vergangenheit günstiger abgeschlossen werden konnten als gedacht, habe man die Möglichkeit der Gegenfinanzierung. Dies betreffe unter anderem die Erweiterung der Grundschule Uphusen und den Neubau des Kreisels, der die Schwalbenkreuzung ersetzt hat. "Im Haushalt kommt so am Ende trotzdem eine schwarze Null raus", sagte Zorn.

Eine Lösung, die jedoch nicht alle Ausschussmitglieder zufriedenstellte. "Es ist natürlich ehrenwert, wenn man Geld bei anderen Baumaßnahmen einsparen kann",

allerdings auch schön, wenn man dieses Geld am Ende dann auch übrig hätte und nicht wieder zum Lückenstopfen nutzen muss." Man habe hart gerungen, um die Gesamtsumme für die Sanierung festzulegen, umso ärgerlicher sei es, wenn dieser Rahmen nun nicht eingehalten werde.

Trotz einiger Kritik: Die Politiker sind sich einig, dass das Projekt "Freibadsanierung" definitiv nicht gestoppt werden soll. "Natürlich haben wir uns auch die Grundsatzfrage gestellt, aber ein Stopp würde bedeuten, dass in diesem Jahr der Betrieb des Schwimmdie vergangenen zwei Jahre seien in dem sanierungsbedürftigen Bad risikoreich gewesen, ein Weiterbetrieb im jetzigen Zustand sei daher nicht möglich. "Das Geld, was man bereits in die Planung des Umbaus investiert hat, wäre vollkommen verschwendet. Zudem müssten wir mit hohen Steuerrückzahlungen rechnen", bekräftigte auch Bernd Junker (SPD). "Eine Weiterführung ist daher eigentlich alternativlos." Somit stimmten die Ausschussmitglieder dann letztlich – mit zwei Enthaltungen – für eine Erhöhung des Gesamtbudgets.